



Inhalt

Organisation der SKB	4
Das Geschäftsjahr 2011 auf einen Blick	5

Jahresbericht für das Geschäftsjahr 2011

I. Geschäftsverlauf	7
1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften	7
2. Die SKB im Jahr 2011	17
II. Vermögenslage	21
III. Finanz- und Liquiditätslage	22
IV. Ertragslage	23
V. Vorgänge von besonderer Bedeutung	28
VI. Risiken der künftigen Entwicklung	28
VII. Voraussichtliche Entwicklung der Genossenschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	32
Dank	34
Bericht des Aufsichtsrats	34

Jahresbericht 2011 Kurzfassung

1. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011	35
2. Gewinn- und Verlustrechnung	38
3. Anhang	39

Besonderes aus dem Geschäftsjahr 2011

Berichte über fertig gestellte Baumaßnahmen	24, 30
---	--------

Organisation

der Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG,
Goltenkamp 9, 58452 Witten

Vorstand

Volkmar Bix, Bankleiter, Sprecher
Bankvorstand für Markt Aktiv und Unternehmenssteuerung

Martin Bernhardt, Bankleiter
Bankvorstand für Markt Passiv, Marktunterstützung und Handel

Aufsichtsrat

Manfred Schneider, Vorsitzender
Prokurist der Volksbank Mittelhessen eG, Dautphetal

Horst-Dieter Witte, stellvertretender Vorsitzender
Vereidigter Buchprüfer, Steuerberater, Rechtsbeistand (selbstständig), Langenfeld

Anabel Brandis
Selbstständige Wirtschaftsprüferin, Steuerberaterin in der Sozietät Heuser & Brandis StB/WP, Düsseldorf

Klaus Kanwischer
Geschäftsführer des Bundes Freier evangelischer Gemeinden KdöR, Bochum

Stefan Lange
Bankkaufmann bei der Kreissparkasse München-Starnberg, München

Jürgen Oberdörfer
Selbstständiger Architekt, Willich

Verbandszugehörigkeit

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR), Bonn

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.,
Mecklenbecker Straße 235–239, 48163 Münster (zuständiger Prüfungsverband)

Zentralbanken

Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG, Münster
Kontonummer 44 759, BLZ 400 600 00

Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen, Bochum
Kontonummer 452 604 75, BLZ 430 000 00

Das Geschäftsjahr 2011 auf einen Blick

In TEUR	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
Kundengelder	68.851	73.522	78.200
Täglich fällige Einlagen	24.353	28.880	32.594
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	12.819	12.372	13.112
Spareinlagen	31.679	32.270	32.494
Kundenforderungen	56.813	56.384	58.035
Täglich fällig	10.218	5.942	6.735
Darlehen aus eigenen Mitteln	41.874	44.534	44.640
Darlehen aus Refinanzierungsmitteln	4.721	5.908	6.660
Eigenkapital	5.912	6.236	7.190
Geschäftsguthaben verbleibender Mitglieder	2.066	2.095	2.127
Rücklagen	3.760	4.046	4.366
Gewinnzuführung	86	95	97
Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB			600
Bilanzsumme	85.546	91.189	97.229
Anzahl der Mitglieder	2.121	2.133	2.156
Anzahl der Kunden	6.547	6.541	6.556
Anzahl der Kundenkonten	9.640	9.650	9.665
Anzahl der Kundendepots	123	132	128
Anzahl der Buchungsposten	895.412	925.796	962.959



Jahresbericht für das Geschäftsjahr 2011

I. Geschäftsverlauf

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

1.1. Konjunktur in Deutschland

Wirtschaftsleistung abermals kräftig gestiegen

In 2011 hat sich die deutsche Wirtschaft weiter von der schweren globalen Rezession der Jahre 2008 und 2009 erholt. Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands preisbereinigt um kräftige 3,0 % expan-

diert, nachdem es bereits 2010 um 3,7 % gestiegen war. Das vor Ausbruch der Rezession erlangte gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau konnte infolge eines witterungsbedingt überaus dynamischen Jahresauftakts bereits im zweiten Quartal wieder erreicht werden. Zum Jahresende haben die konjunkturellen Auftriebskräfte dann aber, angesichts der zunehmenden Unsicherheit über den Fortgang der Staatsschuldenkrisen in einigen Euro-Ländern und den USA sowie eines geringeren Expansionsstempos der Weltwirtschaft, merklich nachgelassen. Stärker noch als in 2010 war das Wirtschaftswachstum 2011 durch die hohe inländische Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern getrieben. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels hat sich hingegen im Vorjahresvergleich vermindert.

Preisbereinigtes Wirtschaftswachstum in Deutschland

	Veränderung gg. Vj. in Prozent		Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten	
	2010	2011	2010	2011
Konsumausgaben	0,9	1,4	0,7	1,1
Private Konsumausgaben	0,6	1,5	0,4	0,8
Konsumausgaben des Staates	1,7	1,4	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	5,5	6,4	1,0	1,1
Ausrüstungsinvestitionen	10,5	7,6	0,7	0,5
Bauinvestitionen	2,2	5,8	0,2	0,5
Sonstige Anlagen	4,7	4,8	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	–	–	0,6	0,0
Inländische Verwendung	2,4	2,3	2,3	2,2
Exporte	13,7	8,2	5,8	3,9
Importe	11,7	7,4	–4,3	–3,1
Außenbeitrag	–	–	1,5	0,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,7	3,0	3,7	3,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 24.02.2012.

Wachstumsbeiträge: Mögliche Differenzen in den Summen ergeben sich durch Rundung der Zahlen.

Privater Verbrauch legt deutlich zu

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte haben preisbereinigt um 1,5% zugenommen und sind damit so stark expandiert wie seit 2006 nicht mehr. Für den Anstieg waren vor allem die aufgrund der günstigen Arbeitsmarktentwicklung und der guten Konjunktur insgesamt verbesserten Einkommensperspektiven, die gestiegenen Nettoverdienste sowie die höheren Selbständigen- und Vermögenseinkommen verantwortlich. Nachfrageimpulse kamen zudem von den gesetzlichen Altersrenten, die zur Jahresmitte moderat angehoben wurden. Der Privatkonsum wäre jedoch noch stärker expandiert, wenn die Kaufkraft der Haushalte nicht durch den vergleichsweise hohen Anstieg der Verbraucherpreise vermindert worden wäre. Die Konsumausgaben des Staates wurden ebenfalls spürbar erhöht. Sie trugen mit einem Wachstumsbeitrag von 0,3% aber deutlich weniger stark zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei als der Privatkonsum (0,8%).

Mehr Investitionen in Ausrüstungen und Bauten

Das Investitionsklima blieb 2011 insgesamt günstig. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden kräftig ausgeweitet und haben mit einem Beitrag von 1,1% ähnlich stark zum Wirtschaftswachstum beigetragen wie die Konsumausgaben. Die Investitionsaktivitäten waren insbesondere im ersten Quartal, begünstigt durch Nachholeffekte nach dem strengen Winter sehr lebhaft. Im Unternehmenssektor führten Faktoren wie die insgesamt verbesserte Ertragslage, die zunehmende Auslastung der betrieblichen Produktionskapazitäten und die vergleichsweise günstigen Finanzierungsbedingungen dazu, dass erheblich mehr in Ausrüstungen und Bauten investiert wurde. Die öffentlichen Bauaktivitäten wurden nochmals durch die staatlichen Konjunkturpakete und zudem

durch eine etwas bessere Finanzausstattung der Kommunen angeregt.

Im Wohnungsbau wurde die Entwicklung durch die stabile Beschäftigungssituation, den anhaltenden Trend zur energetischen Gebäudesanierung, das nach wie vor niedrige Zinsniveau und die durch die wirtschaftliche Unsicherheit geförderte Vorliebe für „Betongold“ gestützt. Von Seiten der Vorratsinvestitionen gingen allerdings keine Wachstumsimpulse mehr aus. Die nach der rezessionsbedingten Zurückhaltung in 2010 vielfach wieder gut gefüllten Lagerbestände wurden 2011 nicht weiter erhöht.

Außenhandel mit weniger Schwung

Die deutsche Wirtschaft hat ihren grenzüberschreitenden Handel in 2011 abermals ausweiten können. Die Zuwächse im Export- und Importgeschäft fielen bei einer schwächeren Gangart der Weltwirtschaft mit 8,2% bzw. 7,4% aber geringer aus als im Vorjahr (13,7% bzw. 11,7%). Das Exportgeschäft wurde dabei insbesondere durch eine rege Nachfrage aus den osteuropäischen Ländern, der Türkei, Russland und China stimuliert. In den von Staatsschuldenkrisen betroffenen Ländern Griechenland und Portugal nahm hingegen die Nachfrage nach deutschen Exportgütern merklich ab. Das Importgeschäft erhielt sowohl aus der Exportdynamik als auch aus dem Anziehen der inländischen Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern Impulse. Insgesamt trug der Außenhandel mit 0,8% zum Wirtschaftswachstum bei. Der Wachstumsbeitrag hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr in etwa halbiert.

Staatliches Finanzierungsdefizit gesunken

In 2011 hat sich die Lage der öffentlichen Haushalte merklich entspannt. Die Staatseinnahmen sind infolge des hohen Wirtschaftswachstums und aufgrund gesetzlicher Änderungen wie der Einführung der

Luftverkehrsabgabe oder der Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung kräftig gestiegen. Bei den staatlichen Ausgaben war dagegen ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Der Finanzierungssaldo des Staates hat sich nach ersten Angaben des Statistischen Bundesamtes in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 4,3 % in 2010 auf 1,0 % vermindert. Die Neuverschuldungsquote lag damit erstmals seit 2008 wieder unter der Maastricht-Grenze von 3 %.

Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen

Begünstigt durch die gute Konjunktur hat sich die Arbeitsmarktlage in 2011 weiter verbessert. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind deutlich gestiegen, während die Arbeitslosigkeit erheblich zurückging. Die Anzahl der Erwerbstätigen, deren Arbeitsort in Deutschland liegt, ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt um 547.000 Personen auf einen neuen Höchststand von 41,1 Millionen gestiegen. Die Erwerbstätigkeit nahm in fast allen Wirtschaftsbereichen zu. Besonders stark fiel der Zuwachs mit 232.000 Personen im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen (einschließlich Zeitarbeit) aus. Die Arbeitslosenzahl ist nach aktuellen Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Durchschnitt des Jahres 2011 gegenüber dem Vorjahr um 263.000 auf 2,98 Millionen gesunken. Die Arbeitslosenquote nahm im Vorjahresvergleich um 0,6 % auf 7,1 % ab.

Preisaufrtrieb hat etwas zugenommen

Der allgemeine Preisdruck hat 2011 merklich zugenommen. Die Inflationsrate, gemessen an der Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr, hatte ausgehend von 2,0 % im Januar im weiteren Jahresverlauf deutlich zugenommen und erreichte im September mit 2,6 %

einen Höhepunkt, bevor sie zum Jahresende wieder sichtlich zurückging. Im Jahresdurchschnitt sind die Verbraucherpreise um 2,3 % gestiegen. Der Anstieg fiel damit etwa doppelt so stark aus wie im Vorjahr (1,1 %). Maßgeblich für die Teuerung waren vor allem die Energiepreise, die um 10,0 % zunahmen.

Verarbeitendes Gewerbe erneut zentraler Wachstumsmotor

Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, erwies sich im Jahr 2011 erneut das Verarbeitende Gewerbe als wichtigster Wachstumstreiber. Die Bruttowertschöpfung der Industrieunternehmen ist gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 8,2 % gestiegen. Trotz des starken Zuwachses konnte damit allerdings der während der Krisenjahre 2008 und 2009 erfolgte Wertschöpfungsverlust noch nicht wieder ausgeglichen werden. Die Wachstumsimpulse kamen laut amtlicher Monatsberichterstattung 2011 sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland.

Der Auslandsumsatz nahm allerdings preisbereinigt mit 7,3 % gegenüber dem Vorjahr etwas stärker zu als der Inlandsumsatz, dessen Volumen um 6,7 % zulegte. Die beiden in Hinblick auf den Umsatz und die Beschäftigtenzahl größten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, der Maschinen- und der Fahrzeugbau, wiesen mit Wachstumsraten von 15,8 % bzw. 7,4 % abermals einen überdurchschnittlich starken Anstieg im Gesamtumsatz auf. Ihr Absatz war im Krisenjahr 2009 allerdings auch besonders stark zurückgegangen. Sehr kräftige Umsatzzuwächse wurden auch in den Bereichen Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (+12,6 %), Herstellung von Metallerezeugnissen (+12,5 %) sowie in der Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (+11,4 %) erzielt.



Bei den Energieproduzenten lag das Umsatzvolumen allerdings, offenbar infolge der Abschaltung von inländischen Kernkraftwerken, preisbereinigt um 1,3% unter dem Vorjahresniveau.

Die Anzahl der Erwerbstätigen ist im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund des starken Wachstums um 1,9% gestiegen. Auch die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde nahmen zu. Ihr Anstieg war jedoch geringer als der Zuwachs der Arbeitsproduktivität, sodass die Lohnstückkosten um 2,2% abnahmen.

Bauaktivitäten trugen ebenfalls zum Wachstum bei

Auch vom Baugewerbe gingen in 2011 expansive Impulse aus. Die Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs ist gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 3,5% gestiegen und konnte damit das Niveau vor Ausbruch der Krise wieder übertreffen. Insbesondere zu Jahresbeginn waren die Bauaktivitäten, infolge eines vergleichsweise milden Winterwetters, sehr hoch. Im Sommerhalbjahr hat sich die Baukonjunktur dann etwas abgeschwächt, bevor sie zum Jahresende wieder an Schwung gewann. Wie bereits im Vorjahr wurde die Bautätigkeit durch Faktoren wie die nach wie vor niedrigen Zinsen, die verbesserte Arbeitsmarktlage, die in den Jahren 2008 und 2009 beschlossenen Konjunkturpakete und die hohe Nachfrage nach Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung stimuliert. Von diesen Faktoren konnte in 2011 das Bauhauptgewerbe offenbar stärker profitieren als das Ausbaugewerbe. Hierauf deuten zumindest die nominalen Umsatzdaten der amtlichen Bauberichterstattung für die ersten drei Quartale des Jahres hin. So ist der baugewerbliche Umsatz nominal binnen Jahresfrist im Bauhauptgewerbe um 11,5% und im Ausbaugewerbe um 7,9% expandiert. Für das kräftige Umsatzplus im Bauhauptgewerbe waren vor

allem der Wohnungsbau (+16,3%) und der Wirtschaftsbau (+13,2%) verantwortlich. Im Bereich öffentlicher Bau und Straßenbau (+4,6%) fiel der Umsatzzuwachs hingegen weniger stark aus. Die Anzahl der Erwerbstätigen ist im gesamten Baugewerbe im Durchschnitt des Jahres 2011 um 1,9% gestiegen.

Umsatzbelegung im Handwerk

Das Handwerk ist, begünstigt durch die vergleichsweise milde Witterung und die anziehende Binnennachfrage, mit viel Schwung in das Jahr 2011 gestartet. Im ersten Quartal nahm der nominale Umsatz in den zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen gegenüber dem Vorjahr um kräftige 12 Prozent zu. Auch in den darauffolgenden Quartalen blieb das Handwerk auf Wachstumskurs, die Dynamik ließ allerdings im Jahresverlauf etwas nach. Über das gesamte Jahr betrachtet dürfte der Umsatz der Handwerksbetriebe in einer Größenordnung zwischen 5 Prozent und 10 Prozent gestiegen sein und damit deutlich stärker als im Vorjahr (+0,6 Prozent).

Von den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnten fast alle Handwerksgruppen profitieren. Die dem Baugewerbe und dem Verarbeitenden Gewerbe zugehörigen Gewerke erhielten von der hohen inländischen Nachfrage nach Bauleistungen und Ausrüstungen Impulse. Darüber hinaus hat die gestiegene Auslandsnachfrage die Absatzentwicklung befördert. Bei den Unternehmen des Lebensmittel- und Gesundheitshandwerks sowie bei den Erbringern von persönlichen Dienstleistungen haben hingegen die gestiegenen Konsumausgaben der privaten Haushalte das Geschäft beflügelt. Auch bei den Kfz-Handwerken hat sich die Geschäftslage, nach der Überwindung des Absatzeinbruchs von 2010, insgesamt verbessert.

Gute Geschäfte auch im Einzelhandel

Für viele Einzelhandelsunternehmen verlief das Jahr 2011 ebenfalls erfreulich. Nach dem durch die globale Rezession bedingten Absatzrückgang im Jahr 2009 konnte der Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) das zweite Jahr in Folge eine Umsatzsteigerung erzielen. Gemäß den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Bundesamtes ist der Einzelhandelsumsatz 2011 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 0,9% gestiegen. Besonders stark fiel der Zuwachs im Internet- und Versandhandel (+4,6%) aus, der seinen Marktanteil gegenüber dem stationären Handel offenbar ausweiten konnte. Ein deutliches Umsatzplus wurde aber auch im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (+2,6%) erwirtschaftet. Im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren (+0,2%) fiel der Zuwachs hingegen eher bescheiden aus. Die Ergebnisse von Unternehmensumfragen lassen erkennen, dass sich die Geschäftslage des Einzelhandels zum Jahresende etwas abschwächte.

Hierzu dürften die gestiegenen Verbraucherpreise, aber auch die zunehmende Verunsicherung der Konsumenten über die weitere Wirtschaftsentwicklung beigetragen haben. Das für den Einzelhandel so wichtige Weihnachtsgeschäft hat in diesem Umfeld die hohen Erwartungen offenbar nur bedingt erfüllt. Nach ersten amtlichen Schätzungen ist der Einzelhandelsumsatz in den Monaten November und Dezember gegenüber dem jeweiligen Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt etwas zurückgegangen.

Hoher Wertschöpfungszuwachs bei Unternehmensdienstleistern

Der gesamte Dienstleistungsbereich trug 2011 mit einem Wachstumsbeitrag von 1,3% zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei. Die stärksten Impulse gingen dabei von den

Unternehmensdienstleistern aus, die ihre Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt deutlich um 4,2% erhöhen konnten. Auch im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr fiel der Wertschöpfungszuwachs mit 3,7% stark aus. In den Bereichen Information und Kommunikation, Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Finanz- und Versicherungsdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen ist die Bruttowertschöpfung hingegen mit Wachstumsraten zwischen 1,8% und 0,8% weniger stark expandiert. Lediglich im Bereich der sonstigen Dienstleistungen, zu denen beispielsweise auch die Reparatur von Gebrauchsgütern gehört, ist die Bruttowertschöpfung etwas (-1,1%) gesunken. Die Anzahl der Erwerbstätigen ist im gesamten tertiären Sektor 2011 gegenüber dem Vorjahr um 1,2% auf gut 30,3 Millionen Personen gestiegen. Damit waren rund 74% aller Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich beschäftigt.

1.2 Finanzmarkt

Nach Zinserhöhungen im ersten Halbjahr ...

Die Europäische Zentralbank (EZB) leitete im ersten Halbjahr die Zinswende im Währungsraum ein. Auf seinen geldpolitischen Sitzungen im April und Juli beschloss der EZB-Rat insgesamt zwei Zinserhöhungen von jeweils 0,25% auf 1,5%. Es waren die ersten Zinserhöhungen seit Sommer 2008. Ausschlaggebend für die Straffung der europäischen Geldpolitik waren zum einen aufwärtsgerichtete Preisrisiken im Euro-Raum sowie ein positiv bewertetes konjunkturelles Umfeld. Zum anderen waren die Hoffnungen auf nachhaltige Stabilisierungsfortschritte an den Finanzmärkten gestiegen.

... kehrte die EZB im Spätsommer zurück zum Krisenmodus

Bereits im August 2011 zeichnete sich jedoch angesichts der sich wieder zuspitzenden Schuldenkrise ein geldpolitischer Kurswechsel im Währungsraum ab. So beschloss der EZB-Rat sowohl neue langfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Dauer von sechs Monaten aufzulegen als auch Anleihen unter Druck geratener Euro-Staaten am Sekundärmarkt wieder aufzukaufen. Bis zum Jahresende fragte die EZB Staatsanleihen der Peripheriestaaten im Wert von rund 138 Milliarden Euro nach.

Sie senkte den Leitzins zum Jahresultimo auf 1,0 % ...

Ihre zinspolitische Kehrtwende vollzog die EZB im November unter ihrem neuen Präsidenten, dem früheren italienischen Notenbankchef Mario Draghi. In den letzten beiden Monaten des Jahres 2011 senkte der EZB-Rat den Leitzins in zwei Schritten um insgesamt einen halben Prozentpunkt auf 1,0%. Die EZB reagierte damit auf die anhaltend hohe Verunsicherung auf dem europäischen Rentenmarkt sowie die sich abzeichnende Verschlechterung der konjunkturellen Situation. Die Preisstabilität sah der EZB-Rat durch die wieder expansivere Geldpolitik trotz einer erhöhten Teuerungsrate nicht gefährdet.

... und beschloss weitere geldpolitische Sondermaßnahmen

Zusätzlich zu den zwei Leitzinssenkungen weitete die EZB zum Jahresende ihre liquiditätsfördernden Maßnahmen aus. Dabei beschloss der EZB-Rat erstmals in seiner Geschichte langfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Dauer von drei Jahren. Zudem startete die EZB im November ein neues Programm zum Ankauf von Pfandbriefen in Höhe von 40 Milliarden Euro. Die

erneute Ausweitung der geldpolitischen Sondermaßnahmen war die geldpolitische Antwort auf die zunehmenden Verspannungen am europäischen Interbankenmarkt. So hatte das Misstrauen der europäischen Finanzinstitute untereinander im Zuge der Zuspitzung der Staatsschuldenkrise wieder deutlich zugenommen. Dies zeigte sich an den wachsenden Risikoaufschlägen für unbesicherte Geldgeschäfte sowie an den stetig steigenden Übernachteinlagen der Banken bei der EZB. Auch der Zugang zu Dollar-Liquidität verknappte sich. So hatte sich die Liquiditätsversorgung in US-Dollar im Euro-Raum angesichts des gestiegenen Misstrauens US-amerikanischer Finanzinstitute gegenüber europäischen Banken erheblich erschwert. Die weltweit führenden Notenbanken reagierten darauf mit einer konzentrierten Dollar-Aktion. So beschlossen die Federal Reserve, die EZB sowie die Zentralbanken Japans, Großbritanniens, Kanadas und der Schweiz Ende November 2011 den Zugang der Finanzinstitute zu US-Dollar über verbilligte Dollar-Swapgeschäfte der Zentralbanken zu erleichtern.

Federal Reserve blieb bei Nullzinspolitik

Im Gegensatz zur EZB ließ die US-Notenbank ihren zinspolitischen Kurs in 2011 unverändert. Der Zielsatz für den US-amerikanischen Tagesgeldsatz blieb damit in einem Korridor zwischen 0% und 0,25%. Im August 2011 kündigte der Offenmarktausschuss der Federal Reserve zudem an, den US-Leitzins bis Mitte 2013 nicht erhöhen zu wollen. Das 600 Milliarden US-Dollar schwere Staatsanleiheaufkaufprogramm („Quantitative Easing 2“) ließ die Federal Reserve (Fed) planmäßig Mitte 2011 auslaufen. Die über dieses Programm ausgegebene Liquidität entzog die Fed nach dem Auslaufen des Programms den Märkten jedoch nicht. Vielmehr entschlossen sich die US-Notenbanker im September 2011, bis Mitte 2012 Bestände in Höhe von 600 Milliarden US-Dollar von

kurz- in längerfristige Anleihen umzutauschen. Ziel dieses Programms mit dem Namen „Operation Twist“ ist die Unterstützung der schwächelnden US-Konjunktur über die Absenkung des langfristigen Zinsniveaus. Vor allem der US-Immobilienmarkt soll durch niedrigere Hypothekenzinsen wieder in Schwung kommen.

Staatschuldenkrise zwang Portugal in die Knie ...

Die Lage um die hoch verschuldeten Staaten der Währungsunion entspannte sich in 2011 nicht. Vielmehr kam es zu einer Ausweitung der Refinanzierungsprobleme der finanzschwächeren Euro-Staaten. Infolgedessen sah sich Portugal nach mehreren Bonitäts-herabstufungen durch die führenden Rating-agenturen und der gescheiterten Regierung Socrates Anfang Mai 2011 gezwungen, Hilfspgelder des Euro-Rettungsschirms (EFSF) zu beantragen, um einer Zahlungsunfähigkeit zu entgehen. Doch konnten die Aufstockung des EFSF auf 780 Milliarden Euro sowie ein weiteres milliardenschweres Hilfsprogramm für Griechenland die angespannte Lage nicht nachhaltig beruhigen.

... und brachte den Währungsraum an seine Grenzen

Die sich eintrübenden Konjunkturaussichten, eine zunehmend aussichtslos erscheinende Verschuldungslage Griechenlands sowie des gesamten Währungsraumes und das Risiko eines Überspringens der Staatsschuldenkrise auf dem europäischen Finanzsektor ließen die Verunsicherung an den Märkten in der zweiten Jahreshälfte steigen. Vor diesem Hintergrund verschlechterten sich auch die Refinanzierungsbedingungen Italiens und Spaniens. Die zahlreichen Gipfel der Europäischen Union konnten jeweils nur kurzfristig etwas zur Entspannung der Lage beitragen. Das gleiche galt auch für die Staatsanleiheaufkäufe der EZB am Sekun-

därmarkt. Immer wieder belasteten Verwar-nungen und Bonitätsherabstufungen vornehmlich der GIIPS Staaten (Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien) durch die weltweit führenden Ratingagenturen die Glaubwürdigkeit dieser Länder als potente Schuldner. Die unter Druck geratenen Euro-Staaten reagierten mit der Implementierung umfassender Sparprogramme, um die eigenen öffentlichen Finanzen wieder auf den Pfad der Tugend zurück zu bringen. Selbst französische Staatspapiere mussten zum Jahresende hin deutliche Risikoaufschläge gegenüber Bundesanleihen hinnehmen.

Bundesanleihen als sicherer Hafen gefragt

Die Hoffnung auf eine nachhaltige Abschwächung der Turbulenzen an den Finanzmärkten ließ die Investoren im ersten Jahresdrittel mutiger werden. Bundesanleihen waren in dieser Zeit als sicherer Hafen weniger stark gefragt. Vor diesem Hintergrund stiegen die Renditen von Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit bis Mitte April auf knapp 3,5%. Erst mit einer wieder zunehmenden Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Schuldenkrise und einer wachsenden Enttäuschung über das Krisenmanagement der Regierungen nahm die Nachfrage der Investoren nach besonders sicheren Anlageformen, und damit auch nach Bundesanleihen, zu. Die verstärkte Nachfrage ließ deren Kurse im weiteren Jahresverlauf ansteigen, was einem ebenso kräftigen Rückgang der Renditen gleichkam. Von Juli bis September kam es dabei zu einem besonders scharfen Kursanstieg, in deren Verlauf die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen um 1,3 Prozentpunkte zurückging und mit 1,69% ein neues Allzeit-tief erreichte. Binnen Jahresfrist sank die Rendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit auf 1,83%.

Nach fulminantem Jahresauftakt ...

Gestiegene Zinserwartungen sowie Konjunkturoptimismen im Währungsraum bescherten der europäischen Gemeinschaftswährung einen starken Jahresauftakt. Der Euro-Dollar Kurs folgte in dieser Phase einem deutlichen Aufwärtstrend. In der Spitze erreichte der Euro Anfang Mai 2011 1,48 US-Dollar. Unterstützung erhielt der Euro dabei auch von der Schwäche des Greenback, den der verhaltene konjunkturelle Ausblick für die USA und die im Vergleich zur Eurozone expansivere Geldpolitik belasteten.

... wertete der Euro ab

Seinen selbstbewussten Auftakt beendete der Euro im Mai 2011, als anhaltende Diskussionen um die Umschuldung Griechenlands das Vertrauen der Händler in die Stabilität des Währungsraumes zunehmend belasteten. Vor dem Hintergrund sich verdichtender Zinssenkungserwartungen für den Euro-Raum vollzog der Euro im September eine scharfe Abwärtsbewegung. Innerhalb weniger Wochen sackte der Euro-Dollar Kurs um über 10 US-Cent auf 1,32 US-Dollar ab. Zwar konnte sich der Euro zwischenzeitlich wieder erholen. Allerdings lag dies zum großen Teil an der Schwäche des US-Dollars angesichts einer sich eintrübenden US-Konjunktur. Zudem hatte auch der US-Dollar unter der hohen Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten zu leiden. Zum November hin setzte der Euro seinen Rückgang angesichts der sich zuspitzenden Staatsschuldenkrise allerdings fort. Zum Jahresultimo notierte der Euro-Dollar Kurs bei 1,29 US-Dollar, was einem Jahresrückgang von etwas mehr als 4 US-Cent entspricht.

Einer guten DAX-Performance im ersten Halbjahr ...

Das Jahr 2011 war für den DAX unterm Strich kein erfolgreiches Jahr, auch wenn der deutsche Leitindex in der ersten Jahreshälfte noch eine ausgeglichene Bilanz aufzuweisen hatte. So erreichte der DAX im Februar zwischenzeitlich ein 3-Jahres-Hoch. Unterstützung erhielt der deutsche Leitindex von zum Teil unerwartet guten Unternehmenszahlen sowie der Aussicht auf ein Anziehen der Weltkonjunktur. Zwar bremsen die Tumulte des arabischen Frühlings sowie die Tsunami-Atom-Katastrophe in Japan die gute Performance des DAX aus. Der deutsche Leitindex rutschte allerdings nur vorübergehend unter die Marke von 7.000 Punk-

ten. Selbst der Antrag Portugals auf Hilfszahlungen vom EU-Rettungsschirm konnte den DAX nicht aus der Bahn werfen.

... folgten deutliche Kursverluste

Erst Ende Juli kam es am DAX zu einer äußerst scharfen Kurskorrektur. Der deutsche Leitindex verlor innerhalb von zwei Wochen knapp ein Viertel seines Wertes. Zum einen entlud sich die Furcht der Anleger vor einer weltweiten Rezession an den Aktienmärkten. So hatten die Frühindikatoren begonnen, sich weltweit einzutrüben. Zum anderen trieb die europäische Schuldenkrise die Sorgen der Anleger um die Zukunft Europas auf die Spitze. So schwebte über den Kaufentscheidungen der Investoren zunehmend bedrohlich das Damoklesschwert einer unkontrollierbaren Verschärfung der Staatsschuldenkrise. Insbesondere Finanzinstitute realisierten in 2011 deutliche Kursverluste. Die griechische Schuldentragedie hielt dabei in besonderer Weise die europäischen Aktienmärkte in Atem. Zum Jahresultimo lag der DAX bei einem Stand von 5.898 Punkten, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt von 15 % entspricht.

1.3 Geschäftsentwicklung der Kreditgenossenschaften in Deutschland

Stabiler und kontinuierlicher Wachstumskurs: Erfreuliche Geschäftsentwicklung der Kreditgenossenschaften im Jahr 2011

Die Geschäftsentwicklung der Banken und sonstigen Kreditgenossenschaften in Deutschland ist im zurückliegenden Geschäftsjahr von Stabilität und Kontinuität gekennzeichnet gewesen. Es ist den Kreditgenossenschaften erneut gelungen, an die gute wirtschaftliche Entwicklung der Vorjahre anzuknüpfen.

Insgesamt stiegen die bilanziellen Kundeneinlagen der Kreditgenossenschaften mit einem Plus von 3,4 % auf 524 Milliarden Euro sowie die Kundenkredite mit 4,5 % auf 425 Milliarden Euro. Die addierte Bilanzsumme der Kreditgenossenschaften nahm um 23 Milliarden Euro (bzw. 3,2 %) auf 729 Milliarden Euro zu. Die Zahl der Kreditgenossenschaften sank um 17 Institute (oder -1,5 %) auf 1.121. Die Attraktivität der Kreditgenossenschaften zeigte sich auch in der starken Zunahme der Mitglieder um mehr als 300.000 auf 17,0 Millionen.



Einlagenentwicklung mit Rückenwind / Verfügbarkeit wichtig

Die Kundeneinlagen der Volksbanken und Raiffeisenbanken nahmen im zurückliegenden Geschäftsjahr wiederum in erheblichen Umfang zu. Zwischen Dezember 2010 und 2011 konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken um mehr als 17 Milliarden Euro oder 3,4% auf 524 Milliarden Euro zulegen. Alle Einlagenarten wiesen ein positives Wachstum auf.

Beim Bestand der täglich fälligen Sichteinlagen war jedoch eine weitere Abnahme des Wachstums auf 4,7% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Insgesamt betrug der Sichteinlagenbestand 235 Milliarden Euro. Mit 45% haben die Sichteinlagen nach wie vor den höchsten Strukturanteil an den Einlagen insgesamt. Ursächlich für die gesunkene Liquiditätspräferenz der Kunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken sind die Leitzinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) im April und Juli des letzten Jahres, welche die Einlagenarten zur Vermögensanlage wie Termineinlagen und Sparbriefe für die Kunden der Kreditgenossenschaften interessanter gemacht haben. Ob diese Entwicklung dauerhaft anhält, bleibt mit der im November 2011 von der EZB vollzogenen zinspolitischen Kehrtwende abzuwarten. Das höchste Einlagenwachstum zeigten die Sparbriefe und Termineinlagen; die Sparbriefe stiegen um 6,7% bzw. 1 Milliarde Euro auf über 20 Milliarden Euro, die Termineinlagen wuchsen um 5,9% bzw. knapp 5 Milliarden Euro auf rund 82 Milliarden Euro. Das Wachstum der Spareinlagen war deutlich moderater. Per Ende Dezember 2011 betrug der Spareinlagenbestand 187 Milliarden Euro. Er lag damit um 0,5% über dem Vorjahreswert.

Kreditgeschäft – insbesondere für den Wohnungsbau – deutlich ausgebaut

Trotz einer konjunkturellen Entwicklung, die im Zuge der Staatsschuldenkrise insbesondere im Euroraum deutlich an Schwung eingebüßt hat, tragen die Kreditgenossenschaften maßgeblich zur stabilen Finanzierung der Privatpersonen und mittelständischen Wirtschaft in Deutschland bei. Die Unternehmen haben im vergangenen Jahr ihre Investitionen in Ausrüstungen und Bauten erheblich ausgeweitet. Der private und gewerbliche Wohnungsbau wurde durch die verbreitete Tendenz zur energetischen Gebäudesanierung, die vergleichsweise günstigen Finanzierungsbedingungen und den durch die zunehmende Unsicherheit über den Fortgang der Staatsschuldenkrise befeuerten „Betongoldboom“ spürbar gestützt.

Der prozentuale Zuwachs im Kreditgeschäft der Volksbanken und Raiffeisenbanken fiel vor diesem Hintergrund mit 4,5% (oder 18 Milliarden Euro) im Vergleich zum Vorjahr gut einen halben Prozentpunkt höher aus. Damit wurde zum einen die Rekordmarke von 4,1% des Jahres 2010 nochmals deutlich übertroffen, zum anderen ist das aber auch die höchste Steigerungsrate im Kreditgeschäft der Kreditgenossenschaften seit mehr als zehn Jahren. Getragen wurde das Kreditwachstum im letzten Jahr in erster Linie vom privaten (+4,9%) bzw. gewerblichen (+5,0%) Wohnungsbau. Nach Laufzeitbändern ergab sich folgendes Bild: Während das kurzfristige Kreditgeschäft mit -0,2% mehr oder weniger konstant blieb, erhöhten sich die mittel- und langfristigen Forderungen mit einem Plus von 4,1% bzw. 5,0% kräftig. Mehr als neun Zehntel (92%) der ausgereichten Kredite der Kreditgenossenschaften sind mittel- und langfristige Finan-



zierungen. Diese Langfristpräferenz verbunden mit festen Konditionen verschafft den Privat- wie den Firmenkunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken Sicherheit und Transparenz bei ihren Finanzierungen.

Insgesamt haben die Kreditgenossenschaften per Ende Dezember 2011 Kredite in Höhe von 425 Milliarden Euro herausgegeben. Das deutliche Plus bei den Kundenkrediten konnte durch eine Erhöhung der Kundeneinlagen weitgehend refinanziert werden. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken zeichnen sich damit durch eine hohe Kontinuität und Robustheit ihrer Bilanzstruktur aus.

Deutliches Plus beim Eigenkapital

Als robust lässt sich auch die bilanzielle Eigenkapitalbasis der Volksbanken und Raiffeisenbanken charakterisieren. Den Instituten ist es im Jahresverlauf 2011 gelungen, das bilanzielle Eigenkapital mit einem deutlichen Plus von 6,1% auf 38,5 Milliarden Euro zu steigern.

Deutlich zulegen konnten die Rücklagen um 7,4% auf 28,5 Milliarden Euro, auch die Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) wuchsen um 2,5% auf 10,0 Milliarden Euro. Mit der im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesteigerten Eigenkapitalquote – berechnet als bilanzielles Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme – in Höhe von 5,3% (plus 0,2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr) verfügen die Kreditgenossenschaften über ausreichende Wachstumsspielräume, um den Kreditwünschen von Privat- und Firmenkunden gleichermaßen gerecht zu werden. Anzeichen für eine Kreditklemme sind nicht in Sicht.

Kaum Fusionstätigkeit

Der Konsolidierungsprozess unter den Volksbanken und Raiffeisenbanken hat sich gegenüber den Vorjahren erneut leicht verlangsamt. Im Jahresverlauf ist die Zahl der Kreditgenossenschaften ausschließlich aufgrund von Fusionen um 17 Institute (-1,5%) auf nunmehr 1.121 Banken per 31. Dezember 2011 gesunken. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Bilanzsumme je Institut auf knapp 651 Millionen Euro. Die Spannweite bei den Bilanzsummen reicht unter den Kreditgenossenschaften von 14 Millionen Euro für die kleinste bis zu knapp 39 Milliarden Euro für die größte Kreditgenossenschaft.

Mitgliedschaft boomt – mehr als 300.000 neue Mitglieder

Das stabile und solide Geschäftsmodell der Kreditgenossenschaften wird auch von neuen Kunden und Mitgliedern stark nachgefragt: Die Mitgliederzahlen der Volksbanken und Raiffeisenbanken steigen weiter, was darauf hindeutet, dass der Zuspruch zu Kreditgenossenschaften ungebrochen ist. Ende 2011 konnten die Volksbanken und Raiffeisenbanken 17,0 Millionen Personen und Unternehmen zu ihren Mitgliedern zählen. Das sind fast 313.000 Personen und damit 1,9% mehr als im Vorjahr.

2. Die Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG im Jahr 2011

Das Geschäftsjahr 2011 war für die Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden wiederum ein gutes Jahr. Eines unserer strategischen Ziele war es, eine Struktur und einen Zeitplan für die Umsetzung der neuen Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel III genannt) zu implementieren. Dieses Ziel haben wir erreicht. Hinsichtlich der Umsetzung liegen wir in der Struktur und im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Vor diesem Hintergrund sind wir sehr dankbar, dass wir auch im Jahr 2011 unseren Kernauftrag erfüllen konnten. Unsere Bank wurde 1925 gegründet, um die Freien evangelischen Gemeinden in Deutschland in finanziellen Fragen zu beraten und ihnen für ihre Investitionen die notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen. Diesem Ziel werden wir auch in Zukunft treu bleiben.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Bank im letzten Jahr gut entwickelt. Dafür sind wir sehr dankbar und freuen uns, Ihnen den folgenden Bericht des Vorstandes mit dem Jahresabschluss und dem Bericht des Aufsichtsrates vorstellen zu können.

Nachfolgend geben wir Ihnen nähere Erläuterungen zu den maßgeblichen Bilanzpositionen – mit den Vorjahresvergleichswerten. Auch im Jahr 2011 haben Gemeinden ihre neuen Gebäude eingeweiht. Über einige diese Projekte werden wir kurz berichten. Hieran können Sie sehen, wie Ihre uns anvertrauten Gelder verwandt werden.

Gleichzeitig ist es inzwischen gute Tradition, Ihnen auch Gemeinden vorzustellen, die be-

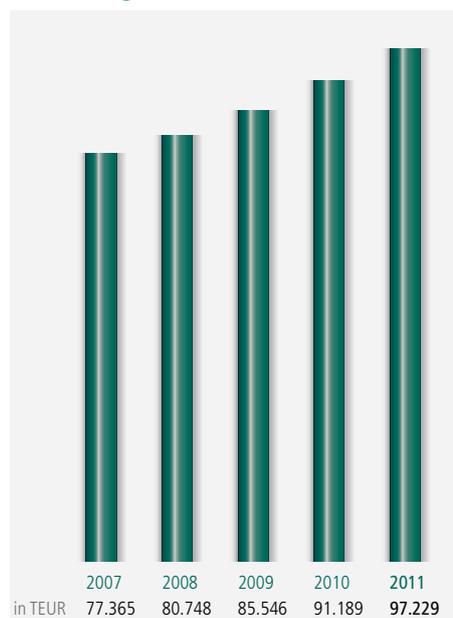
reits vor einigen Jahren gebaut haben und uns ihre Erfahrungen mitteilen.

Bilanzsumme

Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
97.229	91.189	6.040	6,6

Die Entwicklung der Bilanzsumme bewegte sich wiederum deutlich über unseren Erwartungen. Wie in den Vorjahren wurde unser Bilanzsummenwachstum von einem starken Zuwachs unserer Kundeneinlagen getragen.

Entwicklung der Bilanzsumme



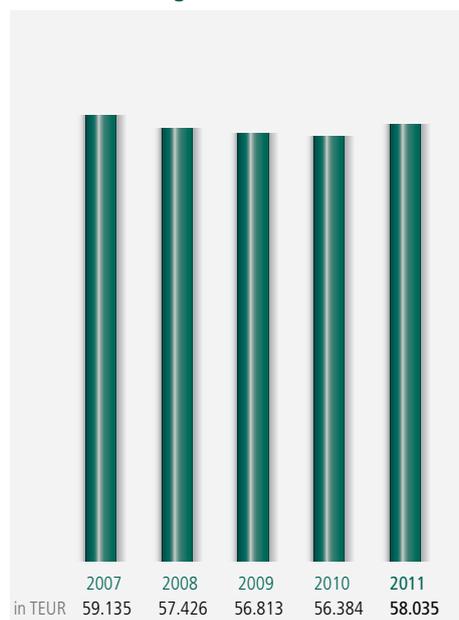
Aktivgeschäft

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
Barreserve	1.014	963	51	5,3
Bankguthaben	15.074	11.178	3.896	34,9
Kundenforderungen	58.035	56.384	1.651	2,9
Wertpapieranlagen	15.723	14.716	1.007	6,8

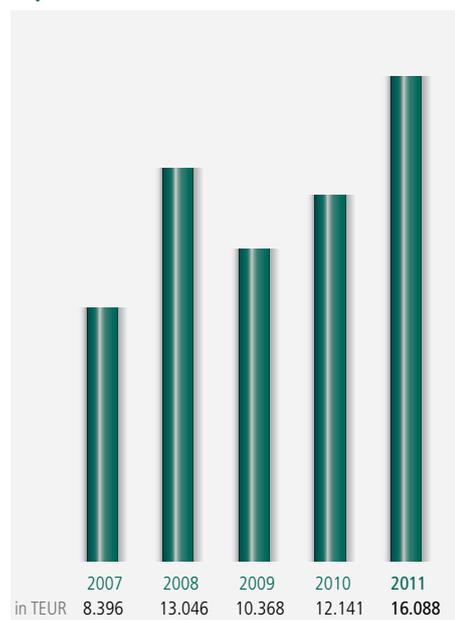
Die Kundenforderungen sind erstmalig seit einigen Jahren wieder gestiegen. Ursächlich hierfür sind eine Reihe neuer Bauprojekte der Freien evangelischen Gemeinden, die sich derzeit in der Umsetzung befinden. Gleichzeitig sind die Kundeneinlagen wiederum deutlich gestiegen. In der Folge führte dies zu einem deutlichen Anstieg unserer

Bankguthaben und der Wertpapieranlagen. Nach wie vor ist es für uns maßgeblich, dass wir in Wertpapiere mit besten Bonitäten investieren. Abschreibungen, die wir in diesem Bereich vorgenommen haben, sind rein zinsinduziert, das heißt, dass wir auf unsere Wertpapieranlagen keine Risikoabschreibungen vornehmen mussten.

Kundenforderungen



Liquide Mittel



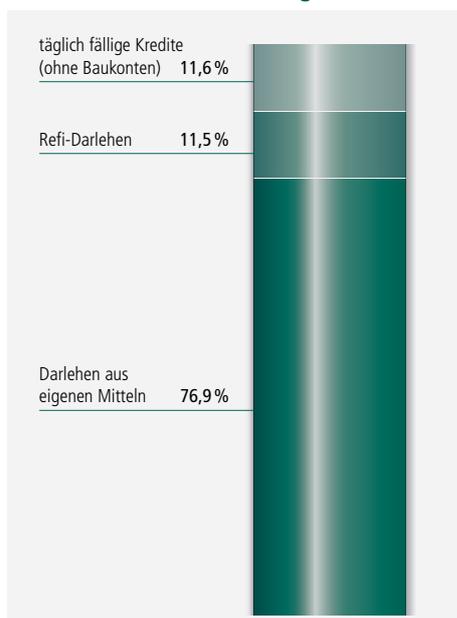
Entwicklung der einzelnen Kreditarten

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
Täglich fällige Kredite	6.735	5.942	793	13,3
Darlehen aus eigenen Mitteln	44.640	44.534	106	0,2
Darlehen aus Refinanzierungsmitteln	6.660	5.908	752	12,7

Die täglich fälligen Kredite (darunter befinden sich vor allem die Baukonten) sind erstmals seit Jahren wieder gestiegen. Ursächlich hierfür sind neue Bauprojekte, die im Jahre 2011 begonnen wurden. Zusätzlich haben die Darlehen aus Refinanzierungsmitteln deutlich zugenommen. Hierunter ver-

stehen wir Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Das attraktive Produkt- und Konditionenangebot der KfW setzen wir seit einigen Jahren konsequent bei Baufinanzierungen im Gemeindebereich und im privaten Wohnungsbau ein.

Struktur der Kundenforderungen



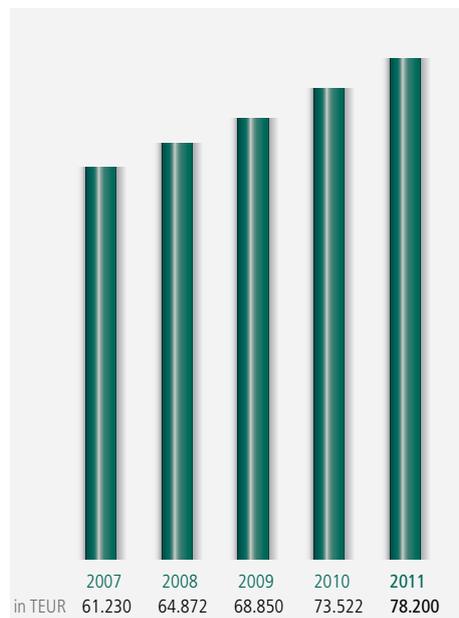
Passivgeschäft

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
Bankrefinanzierungen	6.846	5.908	938	15,9
Kundengelder	78.200	73.522	4.678	6,4
Spareinlagen	32.494	32.270	224	0,7
täglich fällige Einlagen	32.594	28.880	3.714	12,9
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	13.112	12.372	740	6,0

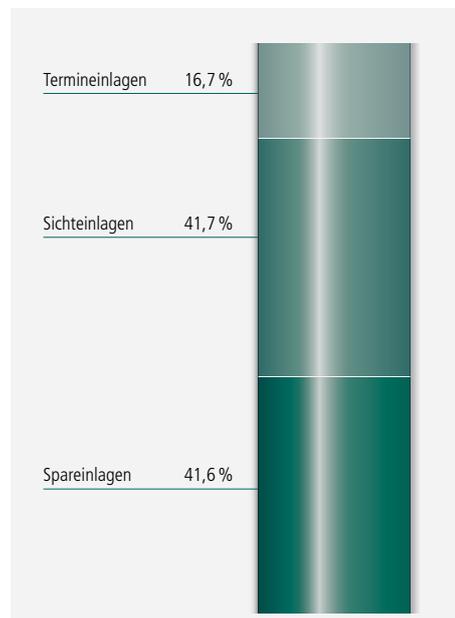
Die Steigerung der Bankenrefinanzierung resultiert ausschließlich aus der Zunahme von zweckgebundenen Refinanzierungen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), für Wohnbau- und Sanierungsmaßnahmen und für neue Investitionen im privaten und vor allem im gemeindlichen Bereich.

Die wiederum überdurchschnittlich starken Zuwächse an Kundengeldern wurden hauptsächlich in täglich fälligen Einlagen angelegt. Sehr erfreulich ist für uns, dass die Spareinlagen – wie bereits im Vorjahr – zugenommen haben. Gleichzeitig konnten wir auch die Einlagen mit vereinbarte Laufzeit oder Kündigungsfrist wieder deutlich steigern.

Kundengelder



Struktur der Kundengelder



Außerbilanzielle Geschäfte

Die Verbindlichkeiten aus Bürschaften und Gewährleistungsverträgen nahmen leicht um 2,01% auf TEUR 1.354 zu. Gleichzeitig reduzierten sich die unwiderruflichen Kreditzusagen um 7,82% auf TEUR 3.734.

Dienstleistungsgeschäft

Das Ergebnis im Depot- und Vermittlungsgeschäft ist in Bezug auf das Gesamtgeschäft nach wie vor von untergeordneter Bedeutung. Per 31. Dezember 2011 unterhielten 128 Kunden (Vorjahr 132) Wertpapierdepots mit einem Kurswert von TEUR 5.685 (Vorjahr TEUR 4.896). Dies entspricht einer Steigerung von 16,1%.

Das Volumen der Wertpapier-Ankaufgeschäfte stieg dabei von TEUR 1.375 auf TEUR 1.804. Dem standen Verkäufe von TEUR 727 (Vorjahr TEUR 695) gegenüber.

Der Bauspareinlagenbestand bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG konnte von TEUR 972 in 2010 auf TEUR 1.018 im Berichtsjahr leicht gesteigert werden. Der Bauspardarlehensbestand stieg ebenfalls leicht von TEUR 237 auf TEUR 248. Im Neugeschäft haben wir eine deutlich Steigerung von TEUR 370 in 2010 auf TEUR 590 im Berichtsjahr erreicht.

Im Bereich von Zahlungsverkehr und Kontoführung stieg die Zahl der Buchungsposten um 4,01% auf 962.959 Stück.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2011 haben wir im Durchschnitt unverändert acht Mitarbeiter beschäftigt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben an verschiedenen Kurzezeitseminaren in ihren jeweiligen Fachbereichen teilgenommen.

II. Vermögenslage

Eigenmittel

Die Vermögenslage der Bank ist geordnet. Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung gemäß § 10 KWG und die Solvabilitätskennziffer stellen sich wie folgt dar:

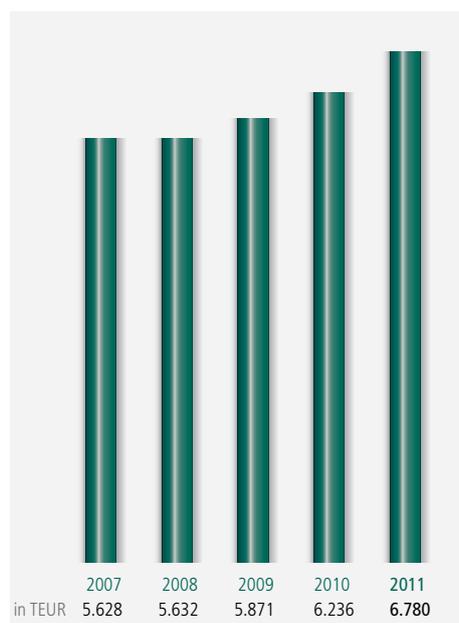
in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
gezeichnetes Kapital	2.169	2.129	40	1,9
Rücklagen	4.366	4.046	320	7,9
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	600	0	600	
Genussrechtskapital	1.055	1.055	0	0,0

Die Rücklagen konnten stärker als das Bilanzsummenwachstum dotiert werden. Gleichzeitig haben wir TEUR 600 dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zugeführt. Hierzu haben wir

TEUR 500 Vorsorgereserven nach § 340f HGB umgebucht. Durch diese Maßnahmen erreichen wir eine weitere Verbesserung der Eigenmittelquote und der Eigenmittelausstattung.

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr
modifiziertes verfügbares Eigenkapital gemäß § 10 KWG	9.940	8.959
Gesamtkennziffer gemäß SolvV	14,2%	13,6%

Eigenkapital laut Bilanz



Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Die Aktivseite unserer Bilanz wird nach wie vor durch die Forderungen an Kunden (Anteil von 59,7%) dominiert.

Dabei konzentrieren sich die Kundenforderungen aufgrund unserer satzungsgemäßen und traditionellen Marktorientierung auf den Bereich der Freien evangelischen Gemeinden. Der Anteil des in der Satzung niedergeschriebenen Kerngeschäftes von ca. 90% der Branchengliederung spiegelt unseren speziellen Förderauftrag wider.

Der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Kundeneinlagen von 80,4% an der Passivseite der Bilanz) zeigt eine günstige Struktur. Die Streuung innerhalb der Kundeneinlagen nach Größenklassen und Fälligkeiten ist ausgewogen.

Wertpapierkategorien

Unsere gesamten Wertpapiere werden wie in den Vorjahren nach dem für das Umlaufvermögen geltenden strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Sicherungseinrichtung

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

III. Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Aufgrund unserer Bilanzstruktur – insbesondere durch den relativ hohen Anteil breit gestreuter Kundeneinlagen – haben wir nur eine sehr geringe Abhängigkeit von Refinanzierungen am Geld- und Kapitalmarkt.

	Berichtsjahr	Vorjahr
Liquiditätskennzahl gemäß LiqV	2,90	2,85

Der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert (1,0) wurde stets eingehalten. Die Liquiditätsreserven sind ausreichend und bei der WGZ Bank AG, bzw. in den festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Refinanzierungsmöglichkeiten bestehen ebenfalls bei der WGZ Bank AG. Sie wurden zum Bilanzstichtag aber nicht in Anspruch genommen.

Mit einer Beeinträchtigung der Zahlungsfähigkeit in den nächsten beiden Jahren ist aus heutiger Sicht nicht zu rechnen. Deshalb sind auch keine Gegenmaßnahmen erforderlich.



IV. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
Zinsüberschuss ¹⁾	1.985	1.886	99	5,2
Provisionsüberschuss ²⁾	132	133	-1	-0,8
Personalaufwand	545	510	35	6,9
Andere Verwaltungsaufwendungen	696	651	45	6,9
Ertragsüberhang aus der Bewertung ³⁾	452	155	607	391,6
Überschuss der normalen Geschäftstätigkeit	1.322	692	630	91,0
Steueraufwand	273	269	4	1,5
Jahresüberschuss	450	423	27	6,4

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) im Vorjahr Aufwandsüberhang

Neben dem Jahresüberschuss ist das Betriebsergebnis vor Bewertung für die Beurteilung der Ertragslage von Bedeutung. Es ermittelt sich aus dem Jahresüberschuss zuzüglich des Steueraufwandes und abzüglich des Bewertungsergebnisses sowie bereinigt um wesentliche periodenfremde Erfolgsposten bzw. Einmaleffekte/Sonderinflüsse.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich in 2011 leicht auf TEUR 889 (Vorjahr TEUR 895) bzw. auf 0,94 % (Vorjahr 1,00 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme vermindert.

Die Aufwands-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio), die wir als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen ermittelt haben, hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 57,1 % auf 59,4 % leicht verschlechtert.

Berichte von Gemeinden



FeG Dieringhausen

Unser Gott hat in den ersten fünf Jahren des Bestehens (ab 1995) ein großes Gemeindegewachstum geschenkt.

Damit stand die Gemeinde 1999 vor der Frage, wie es weitergehen soll, da die vorhandenen Räumlichkeiten schon wieder nicht ausreichten.

Unerwartet wurde der Gemeinde dann die „Aggerhalle“ von der Stadt zum Kauf angeboten. Dies war in der Sache und dem geforderten Preis ein klarer Hinweis von Gott.

Im Vertrauen wurde dann die Halle gekauft und mit sehr viel Eigenleistung umgebaut. In der Planungsphase wurde lange überlegt, wie der Versammlungsraum (Platz für 250–300 Besucher) räumlich getrennt werden könne, weil sich damals niemand vorstellen konnte, diesen riesigen Raum zu füllen.

Doch Gott hat weiterhin reich gesegnet und Menschen hinzugeführt. Der Raum war nie zu groß.

Inzwischen konnte ein weiterer Anbau fertiggestellt werden, um einen Raum für die vielen Kinder zu haben.

Vor zwei Jahren hat Gott die Türen für eine Tochtergemeindegründung in einem ca. 6 km entfernten Ort geöffnet.

„Auch wenn sich dies alles so ‚rosa rot‘ anhört, führt uns Gott immer wieder in Situationen, die uns die alleinige Abhängigkeit von IHM deutlich macht“ – so lautet das aktuelle Resümee der Gemeindeleitung.

Jeder Leser ist herzlich eingeladen, an einem Sonntag unseren Gottesdienst um 11 Uhr zu besuchen.

FeG Hannover

Der Wunsch, etwas „Neues“ zu wagen, bestand schon sehr lange in der Gemeinde.

Das alte Gemeindehaus war zu klein geworden (Saal mit nur 130 Sitzplätze) und die Möglichkeiten der Gruppenarbeit waren nur sehr beschränkt gegeben und entsprechen nicht mehr der Ausrichtung der Gemeinde. Auch hätten umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt werden müssen.

Bedingt durch die gute Zusammenarbeit mit der Freien Evangelischen Schule Hannover im Stadtteil Hannover-Bothfeld, bestand der Wunsch auch dort zukünftig das Gemeindehaus zu haben.

Baubeginn, Bauzeit, Einweihung

Die Auswahl des Architekten erfolgte in einem Architektenwettbewerb im April 2008.

Ab Juni 2008 begann die Planung, anschließend wurde der Bauantrag gestellt.

Anschließend wurde das Finanzierungskonzept mit der SKB erarbeitet und umgesetzt.

Vom Januar bis Juni 2010 wurden die einzelnen Gewerke ausgeschrieben und vergeben.

Baubeginn war schließlich der 05.05.2010. Nach zwölfmonatiger Bauzeit konnte die Einweihung am 17. April 2011 stattfinden.

Anzahl der Gemeindemitglieder, Anzahl der Sitzplätze

In 2011 hat die Gemeinde 130 Mitglieder und ca. 150 Gottesdienstbesucher. Der Saal bietet bei normaler Bestuhlung Platz für ca. 220 Besucher.

Bei besonderen Veranstaltungen kann die Bestuhlung auf ca. 280–300 Plätze erweitert werden.

Art und Anzahl der Gruppen- bzw. Nebenräume

Das Haus hat neben dem großen Saal noch sieben Gruppenräume in unterschiedlicher Größe. Dazu gehört auch der „Eltern-Kind-Raum“ mit direktem Blick in den Saal. Alle Gruppenräume sind „multifunktional“ gestaltet und eingerichtet und können „gruppenübergreifend“ genutzt werden.

Neben den Gruppenräumen gibt es die notwendigen Technik- und Abstellräume und ein Gemeindebüro.

Erfahrungen während der Bauzeit

Wir hatten uns zu einer Einzelgewerksvergabe der Bauleistung entschieden – bedingt durch diese Vorgehensweise mussten wir als Bauausschuss einen erhöhten Verhandlungs- und Abstimmungsaufwand tragen, was sich im Ergebnis positiv ausgewirkt hat, weil wir eine hohe Ausführungs- und Ausstattungsqualität erreichen konnten.

In der Gemeinde hat das Bauprojekt Kräfte freigesetzt, die bis dahin nicht zu erkennen waren. Der Einsatz, den viele Gemeindeglie-



der in Form von finanziellen Zuwendungen wie auch in „Einsatzkraft“ gezeigt haben, hat alle positiv beeindruckt.

Es konnten Eigenleistungen, wie z. B. fast alle Malerarbeiten, eingebracht werden, die bis dahin nicht angedacht gewesen waren. Insgesamt ist die Gemeinde näher zusammen gerückt und hat ein stärkeres Selbstbewusstsein bekommen.

Welche Erwartungen verbinden sich damit für die zukünftige Gemeindegemeinschaft?

Das Ziel der Gemeinde lässt sich mit den Leitworten

- Christ werden
- Glauben leben
- Menschen erreichen

beschreiben. Als Gemeinde konzentrieren wir uns als Stadtteilkirche im Stadtteil Hannover-Bothfeld darauf, generationsübergreifend die Menschen zu erreichen.



FeG Dillenburg

„Von Gott geliebt, versöhnt untereinander, mit Jesus unterwegs!“ – Das ist das Leitbild der FeG Dillenburg. Dabei möchte die Gemeinde ein Ort sein, an dem Gott und den Menschen gedient wird.

Das war am bisherigen Standort schwierig. Das alte Gemeindehaus war in einem Hinterhof versteckt und bot keine Ausbaup Optionen. Der Gottesdienstsaal und die Gruppenräume waren mittlerweile zu klein geworden und für ein modernes Gemeindeleben ungeeignet.

Dabei war die Vision der Gemeinde klar: Sie möchte wachsende Gemeinde sein, die in der Stadt präsent ist und mit der Option für besondere Angebote möchte sie die Menschen in ihrer Umgebung erreichen.

Gesucht wurde ein neuer Standort für die Gemeinde. Gefunden wurde er an zentraler Stelle, an der die Gemeinde prominent wahrgenommen wird.

Von Beginn an wurde das Finanzierungs-konzept gemeinsam mit der SKB erarbeitet und gestaltet.

Der Baubeginn schließlich im November 2009. Die Einweihung konnte dann im Mai 2011 gefeiert werden. Dazwischen lag eine spannende Bauphase mit viel Engagement der Gemeindeglieder. Neben den finanziellen Mitteln haben sich die Mitglieder der Gemeinde auch mit einer großen Eigenleistung praktisch an den Baumaßnahmen beteiligt.

Neben dem Spaß an der Zusammenarbeit, entstand eine Aufbruchstimmung. Während dieser Phase gab es aber auch immer wieder neue Hürden, die auch zur Erschöpfung Einzelner führen konnten. Aber Gott hat das eingegangene Wagnis immer wieder bestätigt.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Gemeinde hat mit 160 Mitgliedern nun einen Gottesdienstsaal mit bis zu 420 Sitzplätzen.

Neben Gruppenräumen, Elternräumen, Büros und Sitzungsräumen sind vor allem das Foyer und das *café cross* markante Highlights des neuen Gemeindezentrums.

Im *café cross*, das ehrenamtlich betrieben wird, ist es der Gemeinde wichtig – neben dem kulinarischen Angebot – einen Ort der Begegnung zu schaffen und einen kulturellen Beitrag zum Leben in Dillenburg zu leisten.

Gleichzeitig konnten in der Galerie im Foyer schon einige Kunstausstellungen stilvoll präsentiert werden.

Dank Gottes reicher Hilfe konnte das Ziel, mitten in Dillenburg – als Gemeinde – ein Ort zu sein, an dem Gott und Menschen gedient wird, verwirklicht werden.

FeG Ettlingen

Mit 36 Mitgliedern wurde die FeG Ettlingen im Oktober 1996 gegründet. Für die Gottesdienste konnten sonntags die Aula und mehrere Klassenräume eines Gymnasiums angemietet werden. Für Treffen unter der Woche wurde ein Raum in der Diakoniestation genutzt.

Wegen wachsender Mitglieder- und Besucherzahlen wurden schon bald Räume zum Kauf gesucht, aber erst im September 2003 konnte ein Anwesen der Telekom mit einem bestehenden Betriebsgelände erworben werden. Dank einer großzügigen Spende war es möglich, bald mit der Planung und dem Bau des neuen Gemeindezentrums zu beginnen.

Baubeginn, Bauzeit, Einweihung

Die Baugeländefreimachung begann im Sommer 2008 – teilweise in Eigenleistung. Anschließend erfolgte im Juni 2009 der Spatenstich. Nach zweijähriger Bauzeit konnte die Einweihung im Juli 2011 gefeiert werden.

Anzahl der Mitglieder, Anzahl der Sitzplätze

Die FeG Ettlingen hat derzeit 206 Mitglieder. Im neuen Gottesdienstsaal können jetzt bis zu 500 Personen Sitzplätze finden.

Anzahl und Art der Gruppen- bzw. Nebenräume

Neben dem Gottesdienstsaal und dem Foyer sind eine Reihe von Gruppenräumen entstanden, die für unterschiedliche Zwecke genutzt werden können:

- 2 Räume für Gebet/Gemeinschaft
- 5 Gruppenräume für Kinder
- 1 Jugendraum im UG mit Tiefhof
- 1 Musikproberaum
- 2 Seminarräume
- 1 Mehrzweckraum
- 3 Büroräume
- 1 Hausmeisterwohnung

Erfahrungen während der Bauzeit

Die Übertragung der Bauverantwortung an einen vierköpfigen Bauausschuss hat sich als sinnvoll erwiesen. Er hat alle Entscheidungen getroffen und sich auch um die Vergabe der einzelnen Gewerke gekümmert. Dadurch gab es zwar nur wenige Sachdiskussionen in der Gesamtgemeinde, aber manchmal war die Identifikation der Gemeinde mit dem Bau schwer zu erreichen.

Trotzdem wurden – zusätzlich zu dem unermüdlichen Einsatz des Bauausschusses –



ca. 25.000 Arbeitsstunden von Freunden und Mitgliedern der Gemeinde erbracht. Dadurch konnten ca. 300.000 Euro eingespart werden.

Wie bei den meisten Bauvorhaben konnte der Umfang der notwendigen Eigenleistungen im Vorfeld nur schwer prognostiziert werden. Dadurch gingen in den letzten Wochen bei vielen Helfern die Kräfte aus.

Rückblickend sind wir unserem Gott sehr dankbar, dass es während der Bauzeit zu keinen schweren Unfällen gekommen ist. Das verdanken wir seiner Bewahrung.

Welche Erwartungen verbinden sich damit für die zukünftige Gemeindearbeit?

Durch die neuen Räumlichkeiten erhofft sich die Gemeinde, dass das Bewusstsein für die eigene Gemeindeidentität wächst und dass die Gemeinde in der Stadt stärker wahrgenommen wird.

Beides ist seit dem Umzug und der Einweihung spürbar. Durch die neuen Räume ist es nun leichter, die Gemeindevision „Gemeinde mit Herz und Hand“ umzusetzen, d.h. Möglichkeiten zu schaffen für ein verstärktes evangelistisches und diakonisches Engagement. Erste Schritte waren z.B. Konzerte, Seminare, Kinderflohmarkt, Winterspielplatz, Selbsthilfegruppen und ein überkonfessionelles Frühstückstreffen für Frauen für über 300 Frauen.

Die Gemeinderäume sollen ein Ort sein, wo Menschen ein neues Zuhause, Hilfe und Geborgenheit finden und unserem großen Gott begegnen.



V. Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

VI. Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagementziele und -methoden

Wie alle unternehmerischen Tätigkeiten ist auch das Bankgeschäft nicht frei von Risiken. Neben allgemeinen Risikofaktoren (z. B. Konjunkturschwankungen, neue Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstige sich verändernde Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken, die sich insbesondere in Form von Adressenausfall- und Marktpreisrisiken (z. B. Zinsänderungs-, Währungs- und Aktienkursänderungen) sowie Liquiditäts- und operationellen Risiken zeigen.

Ziel unseres Risikomanagements ist es, negative Abweichungen von unseren Erfolgs-, Eigenmittel- und Liquiditätsplanungen zu vermeiden. Das Risikofrüherkennungs- und Überwachungssystem ist primär darauf ausgerichtet, Risiken rechtzeitig zu identifizieren und bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten. Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient uns aber zugleich zur Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen haben wir für Marktpreis- und Adressenausfallrisiken Verlust- und Volumenslimite bzw. in Teilbereichen auch Zielgrößen definiert.

Das Risikocontrolling beinhaltet ferner die Identifizierung, Quantifizierung und Überwachung der Risiken. Über die Ergebnisse der zu diesem Zweck durchgeführten Analysen und Auswertungen, die auch Stress-Szenarien umfassen, informiert der Vorstand den Aufsichtsrat durch vierteljährliche Risikoreports.

Im Mittelpunkt des Risikomanagements steht die Gesamtheit aller geeigneten Maßnahmen einer aktiven und bewussten Steuerung der identifizierten Risiken.

Adressenausfallrisiken

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken (Adressenausfallrisiken) basiert insbesondere auf Kreditratings nach Verfahren der genossenschaftlichen Organisation.

Das Verfahren ermöglicht, für alle wesentlichen Kreditsegmente Ausfallwahrscheinlichkeiten („erwartete Verluste“) zu ermitteln und die Kredite Risikoklassen zuzuordnen. Unser Kundenkreditvolumen ist zu einem Großteil mit diesem Verfahren klassifiziert.

Über die „erwarteten Verluste“ hinaus ermitteln wir die „unerwarteten Verluste“ mittels eines Credit Value at Risk (CVaR), der neben den Ausfallwahrscheinlichkeiten die Granularität des Kreditportfolios, insbesondere nach der Größenstruktur der ungesicherten Kreditzusagen, berücksichtigt.

Die Ratingergebnisse werten wir auf aggregierter Basis u. a. nach Volumina, Blankoanteilen und Verlustpotenzial aus. Unsere EDV-Statistiken geben außerdem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen und Größenklassen.

Verlust- bzw. Volumenslimite dienen der Initiierung risikosteuernder Maßnahmen.

Die Streuung der Kundenforderungen nach Branchen- und Größenklassen zeigt einen Schwerpunkt in der Finanzierung Freier evangelischer Gemeinden. Aufgrund der satzungsgemäßen Ausstattung der Bank ist dies so gewollt. Daraus leiten sich keine besonderen Risiken ab.

Nennenswerte Forderungen an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland bestehen nicht.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken bestehen nicht. Der Umfang der vollwertigen, aber nach unserer Einschätzung mit erhöhten Risiken behafteten Forderungen ist über-

schaubar; für hierin enthaltene Ausfallgefahren bestehen nach unserer Einschätzung ausreichende Abschirmungsmöglichkeiten aus dem laufenden Ergebnis bzw. in Form von Vorsorgereserven.

Adressenausfallrisiken in festverzinslichen Wertpapieren begegnen wir grundsätzlich dadurch, dass wir Emittentenlimite festgesetzt haben und keine Papiere mit einem Rating schlechter als A (nach Fitch IBCA) in den Bestand nehmen. Die Ausfallrisiken steuern wir zusammen mit den Marktpreisrisiken über Value-at-Risk-Ansätze.

Marktpreisrisiken

Banken sind angesichts von Inkongruenzen zwischen aktiven und passiven Festzinspositionen insbesondere dem allgemeinen Zinsänderungsrisiko ausgesetzt.

Zinsänderungsrisiken messen wir mithilfe dynamischer Zinselastizitätsbilanzen. Ausgehend von unseren Zinsprognosen werden die Auswirkungen hiervon abweichender Zinsentwicklungen auf das Jahresergebnis ermittelt. Nach abgestuften Risikoszenarien haben wir für mögliche Ergebnisbeeinträchtigungen Limite vorgegeben, an deren Auslastung sich unsere Steuerungsmaßnahmen ausrichten.

Das barwertig gemessene Zinsänderungsrisiko ist für die Bank tendenziell von untergeordneter Bedeutung. Im Rahmen des Berichtswesens haben wie die neuen Anforderungen gem. Basel III mit einer ad hoc Zinsverschiebung von +200 bzw. -200 BP berücksichtigt. Hierdurch ergibt sich zwar ein höherer Risikoausweis, der sich jedoch deutlich unter der Grenze von 20% befindet.

Unseren Wertpapierbestand haben wir insgesamt der Liquiditätsreserve zugeordnet und dementsprechend nach dem Niederstwertprinzip bewertet.

Ein Handelsbuch im Sinne des § 1a Abs. 1 KWG unterhalten wir nicht.

Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen

Unsere Finanzplanung ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommen zu können. Insoweit achten wir auf ausgewogene Laufzeitstrukturen der Aktiva und Passiva. Unsere im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements getätigten Geldanlagen bei Korrespondenzbanken bzw. in Wertpapieren tragen neben Ertrags- auch Liquiditätsaspekten Rechnung.

Operationelle Risiken

Neben Adressen-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken hat sich unsere Bank aber auch auf operationelle Risiken (z.B. Betriebsrisiken im IT-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einzustellen. Unser innerbetriebliches Überwachungssystem trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnen wir auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern (z.B. im EDV-Bereich oder im Formular- und Rechtswesen). Versicherbare Gefahrenpotenziale, z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert.

Zusammenfassende Risikoeinschätzung

Die dargestellten Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

Berichte von Gemeinden

FeG Füssen

Die Füssener FeG wagte als kleine Inlandmissionsgemeinde vor fast 12 Jahren einen Getränkemarkt zu erwerben und zum Gemeindezentrum umzubauen.

Schnell wurden die hellen Räume, der geräumigen Parkplatz und die große Rasen- und Spielfläche vielfältig genutzt.

Nach dem Gottesdienst trifft man sich gern zum gemeinsamen Mittagessen und zum Feste feiern.

Gern wird auch zu Theaterabenden, Legotagen, Alphakursen eingeladen. Dank der geografischen Lage werden in den Gottesdiensten auch zahlreiche Urlauber begrüßt.

Das größte Anliegen ist jedoch unverändert Menschen im Füssener Land mit der Botschaft der Bibel zu erreichen.

Die Gemeinde hofft, dass ihr dazu nie die Geduld und die Ideen ausgehen.

Die SKB stand und steht der Gemeinde von den ersten Kaufüberlegungen bis heute zur Seite.





FeG Unterwegs

Im Januar 2011 hat sich die Gemeinde entschieden, ihre angemieteten Räume im Gewerbegebiet von Sinn zu kündigen. Wesentlicher Grund war die abgelegene Lage.

„Wir verstehen uns als Gemeinde, die das höchste Ziel hat, Menschen, die Gott noch nicht kennen, zu Gott zu führen!“ – Das ist das Selbstverständnis der FeG Unterwegs.

Durch den bisherigen Standort war das Ziel bedroht und die Gemeinde musste handeln. Nachdem also die ehemalige Fabrikhalle gekündigt war, schaute die Gemeinde ab Februar 2011 unterschiedliche leerstehende Objekte in Sinn und Herborn an. Vom ehemaligen Solarium bis zur leerstehenden Fabrikhalle – es war vieles dabei, aber noch nicht das richtige.

In dieser Phase erfuhr der Bürgermeister der politischen Gemeinde Sinn von der Kündigung der FeG Unterwegs und ihrem möglichen Rückzug aus Sinn. Darauf rief er die Gemeindeleitung an, um zu beteuern, dass er einen Weggang der FeG Unterwegs bedauern würde.

Gleichzeitig machte er ein überraschendes Angebot: Es stünde da die Überlegung im Raum, das Bürgerzentrum in Sinn zu verkaufen. Es sei für die politische Gemeinde Sinn nicht mehr tragbar und ein Verkauf würde anstehen.

Eine Tür ging auf! Allerdings gab es noch einen Bewerber, der Interesse hatte, das Bürgerzentrum zu kaufen.

Die Leitung der FeG Unterwegs informierte daraufhin die Gemeindemitglieder über die Tür, die aus dem „Nichts“ aufgemacht wurde. Nach ein paar Tagen kam dann die Klarheit. Der Bürgermeister mitsamt allen Verantwortlichen entschied sich für die FeG

Unterwegs als Käuferin. Er betonte, wie wichtig das Dasein der FeG Unterwegs für Sinn sei und dass er die Arbeit der Gemeinde sehr schätze.

Nachdem auch die Mitglieder der FeG Unterwegs eine Entscheidung für den Kauf getroffen haben, wurde ein tragfähiges Finanzierungskonzept mit der SKB erarbeitet und umgesetzt.

Danach war sicher: Die FeG Unterwegs wird neuer Besitzer des Bürgerzentrums Sinn. Die neue Heimat war gefunden!

Zur Nutzung waren nur einige wenige Schönheitsreparaturen notwendig, Nun konnte die Gemeinde mit 41 Mitgliedern ihr neues Domizil beziehen. Neben verschiedenen Gruppenräumen bietet der Gottesdienstsaal 150 bis 200 Sitzplätze.

Bereits das Bauprojekt diente der Gemeinschaft und zog Menschen an. Damit kann die FeG Unterwegs jetzt mit neuen Möglichkeiten an Ihrem Ziel – Menschen zu Gott zu führen – arbeiten.

VII. Voraussichtliche Entwicklung der Genossenschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf

Wir sind traditionell und satzungsgemäß als Bank für den Bund Freier evangelischer Gemeinden KdöR in Deutschland, seiner ihm angeschlossenen Werke und Einrichtungen sowie Privatkunden aus den genannten Bereichen bundesweit tätig. In Erwartung einer positiven Entwicklung in diesem Umfeld gehen wir für die nächsten zwei Jahre von einer moderaten Nachfrage im Kundenkreditgeschäft aus.

Diese Prognose basiert auf den bereits in Planung befindlichen Käufen, Neu- und Umbauten von Gemeindezentren, der Entwicklung durch die Gründung neuer Gemeinden und der Berücksichtigung von Sondertilgungen.

Im **Einlagengeschäft** gehen wir trotz des anhaltenden Konkurrenzdrucks von einer gleichwohl steigenden Geschäftsentwicklung aus. Dabei haben wir auch unterstellt, dass das zunehmende Bewusstsein für eine private Altersvorsorge das Einlagengeschäft zugunsten von Alternativprodukten belasten wird. Andererseits rechnen wir weiter mit einer Rückbesinnung vieler Kunden auf ethische Werte der Geldanlage sowie auf klassische und sichere Bankprodukte. Dies trägt zu einer Belebung unseres Einlagengeschäftes bei. Ausgehend von unserer Zinsprognose gehen wir von einem gleichbleibenden Zinsniveau aus.

Im **Dienstleistungsgeschäft** prognostizieren wir unter der Annahme stark schwankender Aktienkurse stagnierende Umsätze im Wertpapiergeschäft mit Kunden aus der Vermittlung von Investmentfondsanteilen. Sowohl das Wertpapiergeschäft als auch die Vermittlung von Versicherungen werden nach unserer Einschätzung von dem zunehmenden Bedarf an privater Altersversorgung profitieren. Die Vermittlung von Wohnungsbaukrediten an die WL Bank sowie von Bauspardarlehen wird sich auf dem Niveau der Vorjahre bewegen.

Wesentliche Chancen sehen wir im Hinblick auf den voraussichtlichen Geschäftsverlauf insbesondere, wenn die Nachfrage der Gemeinden nach Finanzierungen steigen wird.

Wesentliche Risiken in der geschäftlichen Entwicklung resultieren vorwiegend aus einem unerwartet hohen Zinsanstieg, der sich negativ auf die Kreditnachfrage auswirken kann. Sollten die in den Vorjahren zu verzeichnenden Einlagenzuflüsse entgegen unseren Erwartungen deutlich abnehmen, besteht das Risiko, dass unsere prognostizierten Wachstumsraten im Einlagengeschäft nicht zu halten sind.

Gleichzeitig kann eine konjunkturelle Verschlechterung zu einer stärker sinkenden Kreditnachfrage führen.

Vermögens- und Finanzlage

Nach unseren Planungsrechnungen, die insbesondere auf den zuvor genannten bzw. den zur Ertragslage dargestellten Prämissen beruhen, erwarten wir eine weitere Stärkung unserer Eigenmittel durch die voraussichtliche künftige Dotierung der Rücklagen und Stärkung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB.

Die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses aus dem Geschäftsjahr 2011 wird, wenn die Generalversammlung dem Vorschlag zustimmt, zu einer Erhöhung um ca. TEUR 221 des haftenden Eigenkapitals im Sinne des § 10 KWG führen.

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung (Solvabilitäts- bzw. Liquiditätskennziffer) werden wir auch in den beiden folgenden Jahren mit Spielraum einhalten.

Die im Abschnitt VI. dargestellten **Risiken** der künftigen Entwicklung werden nach unserer Einschätzung keine wesentliche Auswirkung auf die Vermögenslage der nächsten zwei Jahre haben.

Wesentliche Chancen, die zu einer besseren Entwicklung der Vermögenslage führen können, sehen wir in einem steigenden Kreditgeschäft.

Ertragslage

Auf der Grundlage unserer Zinsprognose, die von einem nahezu unveränderten Zinsniveau ausgeht, sowie unter Berücksichtigung unserer dargestellten Erwartungen zum voraussichtlichen Geschäftsverlauf im Kredit-/Einlagengeschäft rechnen wir für die nächsten zwei Jahre mit einem leicht steigenden Zinsergebnis.

Durch die weitgehend variabel gestalteten Konditionen im Kredit- und Einlagengeschäft können wir auf Veränderungen schnell reagieren und so einer negativen Massenentwicklung entgegenwirken.

Unser Provisionsergebnis wird auch in den nächsten beiden Jahren durch die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft und aus dem Vermittlungsgeschäft geprägt sein. Hier erwarten wir gleichbleibende Erträge.

Die Personalaufwendungen werden sich nach unseren Planungen in 2012 erhöhen. Hierbei berücksichtigen wir, dass eine volle Kundenberaterstelle finanziert wird. Diese Stelle war im Jahr 2011 nur einige Monate besetzt. Gleichzeitig wird eine Mitarbeiterin aus der Elternzeit zurückkehren und eine Teilzeitstelle einnehmen.

Für die sonstigen Verwaltungsaufwendungen planen wir in den nächsten zwei Jahren leicht höhere Aufwendungen. Ursächlich hierfür sind Marketingaufwendungen und Umsetzungskosten für aufsichtsrechtliche Änderungen.

Insgesamt erwarten wir für 2012/2013 im Vergleich zum Berichtsjahr ein nahezu unverändertes Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von etwa TEUR 880/TEUR 930.

Aus der Bewertung von Forderungen erwarten wir für 2012/2013 ein um jeweils mindestens TEUR 25 schlechteres Bewertungsergebnis als im Berichtsjahr. Grundlage unserer Planungen sind insbesondere die im Abschnitt VI. beschriebenen Rating- und Scoringmodelle.

Das Bewertungsergebnis aus der Bewertung der Wertpapiere ist aufgrund der Unsicherheiten an den Kapitalmärkten mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet, denen wir mit den im Abschnitt VI. dargestellten Risikomanagementsystemen begegnen.

Unter Berücksichtigung der Steueraufwendungen rechnen wir für die nächsten beiden Jahre mit einem Jahresüberschuss von TEUR 300.

Die im Zusammenhang mit der prognostizierten Ertragslage stehenden **Risiken** resultieren insbesondere aus dem Zinsänderungsrisiko.

Zusätzliche wesentliche **Ertragschancen** sehen wir insbesondere in einer steigenden

Nachfrage nach Krediten von Freien evangelischen Gemeinden.

Vorschlag für die Ergebnisverwendung 2011 der Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG, Witten

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss von EUR 449.507,65 unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von EUR 63,65 sowie nach den im Jahresabschluss mit EUR 225.000,00 ausgewiesenen Einstellungen in die Rücklagen wie folgt zu verwenden:

	EUR
6,00 % Dividende	126.891,00
Einstellung in die gesetzliche Rücklage	5.000,00
Einstellung in andere Ergebnisrücklagen	92.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	680,30
insgesamt	224.571,30

Dank

Im Geschäftsjahr 2011 waren vielfältige Herausforderungen für Vorstand und Mitarbeiter zu bewältigen. So sind wir zuerst Gott dankbar, der uns Kraft für die tägliche Arbeit schenkte. Die im vorliegenden Jahresbericht beschriebenen Entwicklungen sind auch Ergebnis des Einsatzes unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb danken wir ihnen ganz herzlich für allen Einsatz.

Die Bereitschaft unserer Mitglieder und Kunden, ihre Gelder bewusst für die Aufgaben der SKB zur Verfügung zu stellen, tragen zu dem guten Ergebnis bei und versetzen uns in die Lage, den Freien evangelischen Gemeinden in unserem Land mit zinsgünstigen und flexiblen Krediten zu helfen. Darum gilt auch ihnen unser aufrichtiger Dank für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

Der Aufsichtsrat hat in den wichtigen gemeinsamen Sitzungen dazu beigetragen, dass der Vorstand seine Arbeit tun konnte. Für die kritische und gleichzeitig von großem Vertrauen geprägte Begleitung der Geschäftsführung danken wir ganz herzlich.

Im vergangenen Jahr gehörten drei Gemeinden, ein Unternehmen und 27 Privatpersonen

25 Jahre

zu unserer Genossenschaft. Wir gratulieren zu diesen Jubiläen und danken für die langjährige treue Mitgliedschaft.

Unserer im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder gedenken wir mit Dankbarkeit.

Witten, 18. Januar 2012

Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG

Der Vorstand

Birx

Bernhardt

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Prüfungsausschuss eingerichtet. Er erörterte im Wesentlichen den Jahresabschluss 2011 und prüfte Kreditvorgänge. Darüber ist im Gesamtaufichtsrat berichtet worden.

Der vorliegende Jahresabschluss 2011 mit Lagebericht wurde vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband e.V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses – unter Einbeziehung des Gewinnvortrages – entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Generalversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2011 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Durch Ablauf der Wahlzeit scheidet in diesem Jahr Herr Kanwischer aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates ist zulässig. Der Aufsichtsrat schlägt die Wiederwahl von Herrn Kanwischer vor.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und den Mitarbeitern Dank für die geleistete Arbeit aus.

Witten, 19. April 2012
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Manfred Schneider

Jahresbericht 2011

Kurzfassung

Der Original-Jahresabschluss wurde vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband e.V., Münster, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk in der gesetzlich vorgeschriebenen Form versehen.

Die Offenlegung des vollständigen Jahresabschlusses mit Anhang erfolgt nach der Feststellung durch die Generalversammlung am 5. Mai 2012 im elektronischen Bundesanzeiger. Der vollständige Jahresabschluss liegt allen Mitgliedern in unserer Geschäftsstelle in 58452 Witten, Goltenkamp 9, zur Einsicht aus.

Geschäftsjahr	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			14.897,52		15
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			999.541,14		948
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	999.541,14				(948)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	1.014.438,66		0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel		0,00	0,00		0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			1.984.192,03		3.156
b) andere Forderungen			13.089.359,54	15.073.551,57	8.023
4. Forderungen an Kunden				58.035.494,78	56.385
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	25.720.323,15				(31.506)
Kommunalkredite	0,00				(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		2.574.675,04			2.078
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.574.675,04				(2.078)
bb) von anderen Emittenten		13.148.259,79	15.722.934,83		12.638
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	13.148.259,79				(12.638)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	15.722.934,83	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				0,00	0
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			1.476.456,08		1.485
darunter:					
an Kreditinstituten	318.056,08				(326)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			101.214,00	1.577.670,08	101
darunter:					
bei Kreditgenossenschaften	40.920,00				(41)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				0,00	0
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				3.380.061,58	3.837
darunter: Treuhandkredite	3.380.061,58				(3.837)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte:					0
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			0,00		0
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	0,00	0
12. Sachanlagen				2.277.647,04	2.357
13. Sonstige Vermögensgegenstände				145.520,52	165
14. Rechnungsabgrenzungsposten				0,00	0
15. Aktive latente Steuern				0,00	0
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				1.918,84	1
Summe der Aktiva				<u>97.229.237,90</u>	<u>91.189</u>

Geschäftsjahr	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			0,00		0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		6.846.451,60	6.846.451,60		5.908
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	16.071.405,16				16.165
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	16.422.373,04	32.493.778,20			16.105
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	32.593.692,57				28.881
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	13.112.099,00	45.705.791,57	78.199.569,77		12.372
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			0,00	0,00	0
darunter:					
Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				3.380.061,58	3.837
darunter: Treuhandkredite	3.380.061,58				(3.837)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				177.243,50	164
6. Rechnungsabgrenzungsposten				0,00	0
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen			0,00		0
b) Steuerrückstellungen			0,00		92
c) andere Rückstellungen		211.340,15	211.340,15		215
8. —				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				0,00	0
10. Genusssrechtskapital				1.055.000,00	1.055
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				600.000,00	0
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,00				(0)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital		2.169.000,00			2.129
b) Kapitalrücklage		0,00			0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	1.085.000,00				1.030
cb) andere Ergebnisrücklagen	3.281.000,00	4.366.000,00			3.016
d) Bilanzgewinn		224.571,30	6.759.571,30		220
Summe der Passiva			97.229.237,90		91.189

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.354.229,00				1.328
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	1.354.229,00			0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	3.733.900,00	3.733.900,00			4.051
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1.1.2011 – 31.12.2011

Geschäftsjahr	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		2.810.143,34			2.706
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		394.477,41	3.204.620,75		375
2. Zinsaufwendungen			1.247.235,03	1.957.385,72	1.221
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			0,00		0
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			27.151,93		26
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	27.151,93	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	0
5. Provisionserträge			146.713,94		150
6. Provisionsaufwendungen			14.752,73	131.961,21	17
7. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands				0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge				96.218,28	91
9. —				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		455.614,61			429
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		89.236,31	544.850,92		81
darunter: für Altersversorgung	11.220,13				(5)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			696.354,25	1.241.205,17	651
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				99.182,37	95
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				2.161,54	7
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		155
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			460.357,00	460.357,00	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			8.155,97		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	8.155,97	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18. —				0,00	0
19. Überschuss der normalen Geschäftstätigkeit				1.322.369,09	692
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			267.744,72		263
darunter: latente Steuern	0,00				0
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			5.116,72	272.861,44	6
24a. Einstellung in Fonds für allgemeine Bankrisiken				600.000,00	0
25. Jahresüberschuss				449.507,65	423
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				63,65	1
				449.571,30	424
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			0,00	0,00	0
				449.571,30	424
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			50.000,00		50
b) in andere Ergebnisrücklagen			175.000,00	225.000,00	154
29. Bilanzgewinn				224.571,30	220

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Im Abschluss des Vorjahres haben wir von den Übergangsvorschriften gemäß Art. 67 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) Gebrauch gemacht. Für folgende Bilanzposten bzw. Wertansätze wird die Anwendung der Übergangsvorschriften entsprechend der Rechtslage vor Inkrafttreten des BilMoG fortgeführt:

- Fortführung der Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F. (Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB)

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die Bilanz wurde unter teilweiser Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt, wobei die satzungsmäßigen Mindestdotierungen zu den Ergebnisrücklagen Beachtung fanden.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbare Einzelrisiken bestehen nicht. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist ausreichend Rechnung getragen.

Die wie Umlaufvermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei wurden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM-Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen.

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer Beteiligung haben wir zum 31.12.2011 Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert aufgrund einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung vorgenommen.

Die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen wurden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, bei Gebäuden und beim beweglichen Sachanlagevermögen linear vorgenommen.

Ab dem 1. Januar 2010 angeschaffte geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Netto-Einzelwert bis zu EUR 150 wurden in voller Höhe als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Sie wurden in voller Höhe abgeschrieben, sofern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Wirtschaftsgut über EUR 150, aber nicht über EUR 410 lagen.

Über die Höhe der passiven Steuerlatenzen hinausgehende aktive latente Steuern wurden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert (vgl. Erläuterungen im Abschnitt D.)

Die sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert bzw. dem beizulegenden Wert aktiviert. Das Körperschaft-

steuerguthaben gem. § 37 Abs. 5 KStG wurde laufzeitadäquat mit einem gegenüber dem Vorjahr unverändertem Rechnungszinsfuß von 3,90 % abgezinst.

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und aus Zuschlägen sowie sonstigen über den Basiszins hinausgehenden Vorteilen für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Im Abschluss des Vorjahres ausgewiesene Aufwandsrückstellungen wurden in Höhe von EUR 5.000,00 beibehalten.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2011

in EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge	Zuschreibungen	Umbuchungen des Geschäftsjahres
Immaterielle Anlagewerte: (Software)	14.266,98	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen:				
a) Grundstücke und Gebäude	2.916.834,82	0,00	0,00	0,00
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	287.341,82	19.576,57	0,00	0,00
Summe a	3.218.443,62	19.576,57	0,00	0,00

in EUR	Anschaffungskosten	Veränderungen (saldiert)
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	1.585.826,05	
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	
Summe b	1.585.826,05	-8.155,97

Summe a und b 4.804.269,67

	a) Abgänge b) Zuschüsse	Abschreibungen (kumuliert)	Buchwerte am Bilanzstichtag	Abschreibungen Geschäftsjahr
a)	0,00			
b)	0,00	14.266,98	0,00	0,00
a)	0,00			
b)	0,00	741.070,78	2.175.764,04	73.570,80
a)	0,00			
b)	0,00	205.035,39	101.883,00	25.611,57
a)	0,00			
b)	0,00	960.373,15	2.277.647,04	99.182,37

Buchwerte am
Bilanzstichtag

0,00

1.577.670,08

0,00

1.577.670,08

3.855.317,12

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind EUR 15.012.509,65 Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Für die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen gelten die folgenden Restlaufzeiten (ohne Berücksichtigung von Zinsabgrenzungen):

in EUR	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	6.000.000,00	6.000.000,00	1.000.000,00	0,00
Forderungen an Kunden (A 4)	876.350,38	2.000.401,79	10.815.913,98	37.678.998,52

In den Forderungen an Kunden sind EUR 6.659.597,50 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im Geschäftsjahr 2012 EUR 2.506.805,00 (ohne Berücksichtigung von Zinsabgrenzungen) fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

in EUR	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	0,00	0,00	15.029.277,93	11.140.580,98
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	0,00	0,00	11.111.626,04	10.086.812,76

In folgenden Posten sind enthalten:

in EUR	börsenfähige Wertpapiere	davon börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertet
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	15.722.934,83	15.722.934,83	0,00	0,00
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	318.056,08	0,00	318.056,08	

Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

	EUR
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	1.357.410,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	101.883,00

Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ ist als wesentlicher Einzelbetrag enthalten:

	EUR
Körperschaftsteuerguthaben gem. § 37 Abs. 5 KStG	122.335,60

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten umfassen mit EUR 6.846.451,60 ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank.

Für die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gelten die folgenden Restlaufzeiten (ohne Berücksichtigung von Zinsabgrenzungen):

in EUR	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	55.918,31	188.253,33	1.277.139,35	5.325.140,61
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	517.963,30	4.138.986,72	11.713.354,20	52.068,82
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	2.634.933,49	3.533.611,12	6.625.097,69	315.147,34

Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Zinsabschlagsteuer	69.647,28
Zinsen auf Genussrechtskapital	45.700,00

Die nachstehenden Verbindlichkeiten umfassen Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen:

in EUR	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	0,00	0,00	6.846.451,60	5.908.331,74

Latente Steuern sind nicht bilanziert. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde; dieser resultiert im Wesentlichen aus der Bewertung aus Forderungen an Kunden.

Die unter Passivposten 12a „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben in EUR	
a) der verbleibenden Mitglieder	2.126.950,00
b) der ausscheidenden Mitglieder	38.250,00
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	3.800,00
	<u>2.169.000,00</u>

Die Ergebnisrücklagen (P 12c) haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

in EUR	Gesetzliche Rücklage	andere Ergebnisrücklagen
Stand 01.01.2011	1.030.000,00	3.016.000,00
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	5.000,00	90.000,00
Einstellungen aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	50.000,00	175.000,00
Stand 31.12.2011	<u>1.085.000,00</u>	<u>3.281.000,00</u>

In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank ist eine Eventualverbindlichkeit (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich, Bauhandwerkersicherung) in Höhe von EUR 1.000.000,00 (Vorjahr EUR 1.000.000,00) von wesentlicher Bedeutung.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände (Gesamtbetrag in EUR)	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.846.451,60

II. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge in EUR

Mieterträge	72.517,74
-------------	-----------

Die für das Geschäftsjahr 2011 ermittelten Aufzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden insgesamt unter den Zinsaufwendungen erfasst. Dadurch haben sich die Zinsaufwendungen per saldo um EUR 12.699,19 erhöht.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf den Überschuss aus der normalen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Am Bilanzstichtag betragen die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	46,34
Mitglieder des Aufsichtsrates	44.129,78

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von insgesamt EUR 211.756. Sie entfallen auf Haftsummenverpflichtungen aus der Übernahme von Geschäftsanteilen an Genossenschaften in Höhe von EUR 45.920 und auf die Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von EUR 165.836.

Die Zahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	5	4

Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Ende 2010	2.133	41.899	2.094.950,00
Zugang 2011	66	1.556	77.800,00
Abgang 2011	43	916	45.800,00
Ende 2011	2.156	42.539	2.126.950,00

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	32.000,00
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	32.000,00
Höhe des Geschäftsanteils	50,00
Höhe der Haftsumme je Anteil	50,00

Der Name und die Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes lauten:

Rheinisch-Westfälischer
Genossenschaftsverband e. V.
Mecklenbecker Straße 235–239
48163 Münster

Mitglieder des Vorstandes

Volkmar Birx

Sprecher

Bankvorstand für Markt Aktiv und
Unternehmenssteuerung

Martin Bernhardt

Bankvorstand für Markt Passiv,
Marktunterstützung und Handel

Mitglieder des Aufsichtsrates

Manfred Schneider

Vorsitzender

Prokurist der Volksbank Mittelhessen eG,
Dautphetal

Horst-Dieter Witte

Stellvertretender Vorsitzender

Vereidigter Buchprüfer, Steuerberater,
Rechtsbeistand (selbstständig), Langenfeld

Anabel Brandis

Selbstständige Wirtschaftsprüferin in der
Sozietät Heuser & Brandis StB/WP,
Düsseldorf

Klaus Kanwischer

Geschäftsführer des Bundes Freier
evangelischer Gemeinden in Deutschland
KdöR, Bochum

Stefan Lange

Bankkaufmann bei der Kreissparkasse
München-Starnberg-Ebersberg, München

Jürgen Oberdörfer

Selbstständiger Architekt, Willich



Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG,
Goltenkamp 9, 58452 Witten, Postfach 40 85, 58426 Witten
Telefon 0 23 02/9 30 30-0, Telefax 0 23 02/9 30 30-34, E-Mail info@skbwitten.de, Internet www.skbwitten.de